Die Freigewerkschaftler Bernstadts beschließen:

Oppositioneller Ortsausschuß bleibt bestehen!

Verstärkt die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front . Nehmt in allen Gewerkschaften gegen den Spaltungsterror Stellung

Wir berichteten schon kurz über die gemeinsame Mitgliederversammlung aller freien Gewerkschaften in Bernstadt, die zu der Auflösung des ADGB-Ortsausschusses Stellung nahm. Die einstimmig gefaßte Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Der Bezirksvorstand des ADGB hat den von oppositionellen Kollegen geführten Ortsausschuß Bernstadt diktatorisch aufgelöst. Den Mitgliedern des Ortsausschusses hat man das Mitbestimmungsrecht genommen. Um sich einen Mehrheitsbeschluß für die Auflösung des Ortsausschusses zu sichern, hat der Vertreter des Bezirksvorstandes die sozialdemokratischen Angestellten aus Löbau, Bautzen usw. hinzugezogen und lediglich zwei Vertretern der Bernstädter Gewerkschaften das Recht gegeben, mit zu bestimmen. Nur durch diese

unerhörte Vergewaltigung der Rechte der Mitgliedschaft

war es dem Bezirksvorstand möglich, trotzdem die beiden Vertreter der Bernstädter Gewerkschaften gegen die Auflösung des Ortsausschusses gestimmt haben.

Diese diktatorische Auflösung bedeutet einen Versuch zur Zerschlagung der Bernstädter Gewerkschaften!

Die heute tagende Mitgliederversammlung aller freien Gewerkschaften Bernstadts, die vom Ortsausschuß einberufen ist, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von diesen Spaltungsmaßnahmen des Bezirksvorstandes.

Weil der Ortsausschuß mit Mehrheit den Beschluß faßte, 10 Mark dem Wahlfonds der KPD zu überweisen, weil der Ortsausschuß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufforderte, den aktiven Kampf gegen die räuberischen Maßnahmen der Bourgeoisie zu organisieren und aufzunehmen, weil der Ortsausschuß gegen die falsche, für die gesamte Arbeiterschaft schädliche Politik der reformistischen Führung der freien Gewerkschaften ankämpfte, deshalb ist die Auflösung des Ortsausschusses erfolgt.

Der Bundesvorstand des ADGB hat zur Reichstagswahl 1930 der Sozialdemokratischen Partei eine Million Mark aus der Bundeskasse zur Verfügung gestellt. Darunter waren auch Beitragsgelder der oppositionellen Kollegen.

Die Mitgliederversammlung erkennt den vom Bezirksvorstand gefaßten Auflösungsbeschluß nicht an und beauftragt die Kollegen vom Vorstand, den Ortsausschuß weiter wie bisher zu führen.

Die Versammlung ruft alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Sachsen auf, gegen diese diktatorischen Maßnahmen, gegen diese Spaltungsarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer anzukämpfen. Stellt euch in eine Front mit der Opposition! Stellt mit uns die rote Einheitsfront her zum gemeinsamen Kampf gegen eine weitere wirtschaftliche und politische Unterdrückung der Arbeiterklasse!"

Der Vorsitzende des ADGB-Bezirksausschusses Sachsen, der aufgefordert worden war, seine Handlungsweise vor der Mitgliedschaft zu rechtfertigen, war nicht erschienen. Er hatte dem Ortsausschuß folgendes provokatorisches Schreiben gesandt:

„Dresden, 27. 9. 32.

Werter Kollege!

Wir erhielten heute die Mitteilung, daß morgen, am 28. 9., in Bernstadt eine Versammlung aller Gewerkschaftsmitglieder stattfinden soll, in der zur Frage der Auflösung des Ortsausschusses Stellung genommen wird. Wir bemerken dazu, daß die Auflösungsfrage nach den Satzungen der ADGB eine Angelegenheit der Verbände ist und sich nur die Verbände mit ihren Mitgliedern in Verbindung setzen können. Die Auflösung des Ortsausschusses ist perfekt, daher kann von diesem aus auch nicht mehr die Einladungen zu einer Mitgliederversammlung ergehen. Schon aus diesem Grunde müssen wir eine Beteiligung an der Versammlung ablehnen. Im übrigen sind alle in Frage kommenden Kollegen an diesem Abend beisammen, denn wir warten ja schließlich nicht auf eine Einladung zu einer am nächsten Tage stattfindenden Versammlung.

Mit gewerkschaftlichem Gruß! (Stempel.) gez.: R. Arndt."

Die Mitgliederversammlung brachte ihre Empörung über dieses unerhörte Schreiben zum Ausdruck. Die Behauptung, der erste Vorsitzende des Ortsausschusses dürfe diese Funktion nicht mehr ausüben, weil er aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen sei, wurde schon aus dem Grunde zurückgewiesen, weil der betreffende Kollege selbst noch keine Kenntnis von seinem Ausschluß hat.

Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter Sachsens müssen dem Appell der Bernstädter Gewerkschafter Folge leisten und

in allen Gewerkschaftsversammlungen zu der Auflösung des Ortsausschusses Stellung nehmen.

Die Gewerkschaftsbonzen behaupten immer, daß „die Einheitsfront nur im Rahmen der Gewerkschaften" entstehen könne. Wenn aber ein Ortsausschuß, wie in Bernstadt, die Kämpfe der Arbeiter unter oppositioneller Führung unterstützt, dann versuchen die Bürokraten ihn zu zerschlagen. **Verstärkt deshalb die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front! Gewinnt alle Arbeiter für die rote Einheitsfront! Bildet starke Oppositionsgruppen in allen Gewerkschaften! Kämpft gegen den sozialdemokratischen Spaltungsterror!**

ADGB-Ortsausschuß übt Solidarität mit den politischen Gefangenen

In der letzten Sitzung des Ortsausschusses des ADGB Seifhennersdorf wurden auf Antrag eines oppositionellen Kollegen 5 Mark aus der Kasse der Roten Hilfe überwiesen.

Dagegen hatte der Deutsche Freidenkerverband Ortsgruppe Seifhennersdorf für die Rote Hilfe nichts übrig. In der Debatte über diesen Punkt hörte man nur gehässige Reden von seiten der Sozialdemokraten. Von antifaschistischem Massenkampf will man nichts wissen, denn sonst könnte auch der deutsche Freidenkerverband eventuell verboten werden.

Zu Massenentlassungen im Sachsenwerk

(Arbeiterkorrespondenz)

Kaum ein halbes Jahr ist es her, daß die Firma Sachsenwerk, Niederlößnitz, 300 Arbeiter auf das Straßenpflaster geworfen hat. In der kürzlich stattgefundenen Betriebsversammlung wurde mitgeteilt, daß die Betriebsleitung wiederum trotz des Einspruches des Betriebsrates die Genehmigung zu einer Teilbetriebsstillegung erhalten hat und weitere 200 Kollegen entlassen werden sollen. Der DMV-Angestellte Seifert schwang große Töne über das Papenprogramm. Er verschwieg aber, daß sich die ADGB-Führer ausdrücklich zu wichtigen Teilen dieses Programmes bekennen und praktisch seine Durchführung zu ermöglichen suchen.

In der Diskussion sprach auch ein oppositioneller Kollege, der Seifert die richtige Antwort gab. Er erinnerte, daß die SPD- und Gewerkschaftsführer allen Lohnraubforderungen der Brüningregierung ausdrücklich ihre Zustimmung gegeben haben und zeigte den Kollegen den Weg des Kampfes, der allein zum Sieg führt. Seine kurzen Ausführungen hatten den DMV-Bürokraten ganz aus dem Häuschen gebracht. Seifert benutzte sein Schlußwort zu einer Hetze gegen die RGO und KPD.

Die Belegschaft des Sachsenwerkes muß fest zusammenstehen, und einheitlich und geschlossen auch gegen den Willen der Bürokraten den Kampf gegen die Massenentlassungen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen.

Kollegen von Seidel & Naumann!

Duldet keinen Pfennig Lohnraub!

1600 Arbeitern soll der Hungerlohn gekürzt werden . Da gibt es nur eine Antwort: Streik!

Wir haben bereits am Sonnabend kurz gemeldet, daß die Direktion der Firma Seidel & Naumann in Dresden durch Anschlag bekannt gibt, den dort beschäftigten 1600 Arbeitern und Arbeiterinnen den Lohn für die 31. bis 40. Arbeitsstunde um 20 Prozent zu kürzen. Der Anschlag der Direktion hat folgenden Wortlaut:

„Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September beabsichtigen wir mit Anfang Oktober unsere Belegschaft zu erhöhen. Die durchschnittliche Belegschaft der Monate Juli und August im Werk Dresden beträgt 1600 Arbeiter. Zur Neueinstellung gelangen etwa 170 Arbeiter, das ist etwa 10 Prozent der Belegschaft, die uns mithin berechtigen, entsprechend der Durchführung der Einstellung, eine Kürzung der Tarife für die in der 31. bis 40. Stunde gezahlten Löhne um 20 Prozent vorzunehmen."

Die Direktion verordnet also kurz und lakonisch 20 Prozent Lohnabbau, den sich die Arbeiter von Seidel & Naumann unter keinen Umständen gefallen lassen dürfen. Bis jetzt wurde in fast allen Abteilungen des Betriebes kurzgearbeitet. Mehr als 40 Stunden hat fast keine Abteilung außer den Werkzeugmachern in der Woche gearbeitet. Jetzt sollen angeblich — und sicher nur für ganz kurze Zeit — 170 Arbeiter neu eingestellt, für alle aber die wöchentliche Lohnsumme gekürzt werden. Die reformistischen Betriebs- und Arbeiterräte haben für Mitte dieser Woche Abteilungsversammlungen angesetzt, aller Wahrscheinlichkeit nach, weil sie schon in der vorigen Woche durch das enge Verhältnis ihres Vorsitzenden mit den Herren Direktoren wußten, was geplant war. Sie haben über das Vorhaben der Werksleitungen geschwiegen, um es nach Möglichkeit nicht zu stören und wollen erst einige Tage ungenutzt ins Land streichen lassen, um die Empörung der Kollegenschaft nicht in sofortige Kampfhandlungen umschlagen zu lassen.

Sie helfen also dem Unternehmer praktisch beim Lohnraub. Auf sie könnt ihr euch nicht verlassen und dürft es nicht, wenn ihr den Lohnraub verhindern wollt. Die ersten Tage sind die wichtigsten. Die Aktionäre, einmal durch eure Passivität ermuntert, werden zu weiteren Schlägen ausholen. Wartet deshalb nicht vergebens darauf, daß reformistische Betriebsräte und Gewerkschaftsbonzen zu dem Angriff der Unternehmer „Stellung nehmen". Antwortet sofort mit Kampfhandlungen! Unter Führung der roten Betriebsräte und der RGO nehmt unverzüglich in jeder Abteilung zu dem Angriff der Direktion Stellung! Rückt die Maschinen aus! Wählt sofort einen betrieblichen Kampfausschuß! Antwortet mit dem Streik!

Zehende Belegschaften im ganzen Reiche beweisen euch, daß der Lohnraub durch geschlossenen Streik siegreich abgewehrt werden kann. Folgt diesen Vorbildern! Erkennt, daß die sofortige Aufnahme des Kampfes der einzige Weg ist, den Lohnraub zu verhindern! Wartet keinen Tag länger!

Metallarbeiter, das ist eure Gewerkschaftszeitung

Werbt unermüdlich für die RGO!

Forderungen der Wohlfahrtsarbeiter

(Arbeiterkorrespondenz)

Seit Wochen befinden sich die Wohlfahrtsarbeiter der Stadt Dresden in Verhandlungen mit dem Dezernenten des Wohlfahrtsamtes Kirchhof. Die Forderungen der Wohlfahrtsarbeiter, die auf allen Baustellen einstimmig angenommen wurden, lauten wie folgt:

1. Beschaffung von Arbeitskleidung durch den Rat zu Dresden.
2. Sicherung ihrer Wohnungen vor Exmittierung.
3. Fahrgeld- und Wirtschaftszuschuß.

Auf Grund der Bezahlung der Wohlfahrtsarbeiter, die praktisch bedeutet, daß sie nur für ihre Unterstützungsgelder arbeiten, muß der Rat zu Dresden den Wohlfahrtserwerbslosen zu allen Mietrückständen sowie Schulden, die sie in ihrer drei- bis sechsjährigen Erwerbslosigkeit gemacht haben, jetzt von der minimalen Entlohnung laufend abzuziehen, wozu sie niemals in der Lage sind. Trotzdem die Wohlfahrtsarbeiter eine Arbeitsleistung aufbringen, werden ihre Forderungen wiederholt von dem Wohlfahrtsdezernenten Kirchhof abgelehnt. Auf Grund der Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes ist in der Belegschaft keine große Begeisterung zur Arbeit vorhanden, was auch selbstverständlich ist. Nach 20 Wochen Arbeit droht man jetzt hauptsächlich den kinderreichen Wohlfahrtsarbeitern mit Exmittierung aus ihrer Wohnung. Als der Dezernent Kirchhof erfahren hat, daß auf Grund der Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes eine Unlust zur Arbeit vorhanden ist, hat er die Vertreter der Belegschaft zu sich gebeten und ihnen zu verstehen gegeben, daß wenn die Wohlfahrtsarbeiter die alte Arbeitsweise nicht so fortsetzen wie bisher, der Bau stillgelegt und weitere Maßnahmen ergriffen würden. Die Wohlfahrtserwerbslosen lassen sich durch solche Drohungen nicht einschüchtern, sondern sie werden den Kampf um die Durchsetzung ihrer Forderungen führen.

Gemeindebau Halsbrücke bei Freiberg

(Arbeiterkorrespondenz)

Es ist höchste Zeit einmal die Zustände bei dem Gemeindebau Halsbrücke bei Freiberg zu beleuchten. Der Polier, strammer Sozialdemokrat, scheint seinen Freunden auf dem Bau Arbeit zu vermitteln und dafür zu sorgen, daß keine Wohlfahrtserwerbslosen eingestellt werden.

Diese Zustände sind einfach unglaublich. Dem Berichterstatter der Volkszeitung, Barthel, sind diese Zustände bekannt. Er ist auch schon gebeten worden, in der Volkszeitung dazu Stellung zu nehmen. Aber die Volkszeitung schweigt.

Wohlfahrtserwerbslose, verlangt von der Freiberger Gemeindeverwaltung Rechenschaft. Zur 35-Pfennig-Arbeit soll der gut genug — aber wenn es Arbeit zu Tariflöhnen gibt, werdet ihr einfach übersehen. Protestiert gegen diese unerhörte Schiebung. Die Wohlfahrtserwerbslosen von Freiberg fordern, daß die Vermittlung von Arbeitern auf dem Gemeindebau Halsbrücke durch das Arbeitsamt der Nothelfer nach geschieht und sie werden diese Forderung auch durchsetzen müssen.

Yenidze-Arbeiterinnen wehren sich gegen

Tarifverschlechterung in der Zigarettenindustrie

SPD-Betriebsrat stimmt Abbau der übertariflichen Löhne zu

Erst vor kurzem haben die Füllerinnen in der Zigarettenfabrik Yenidze in Dresden in vorbildlicher Weise durch einen einstündigen Streik einen geplanten Lohnabbau abgewehrt. Jetzt erfolgt ein neuer Angriff der Betriebsleitung. Es sollen auch die sogenannten Laufzeiten gestrichen werden. Die Firma beruft sich dabei auf den mit den Gewerkschaftsführern abgeschlossenen Tarifvertrag.

Am vergangenen Freitag fand eine Betriebsversammlung statt, wo zu dieser Frage Stellung genommen wurde. Der SPD-Betriebsrat Scharf verlas einen Aushang, den die Betriebsleitung am Schwarzen Brett anbringen wollte. Der Betriebsrat habe dazu seine Zustimmung nicht gegeben. Es haben Verhandlungen über die Regelung der Frage der Laufzeiten mit der Betriebsleitung stattgefunden. Der Betriebsrat stehe auf dem Standpunkt, daß der Manteltarif nicht so ausgelegt werden dürfe, wie es die Firma versuche.

Die Belegschaft ist über das Vorgehen der Betriebsleitung äußerst empört.

Es wurde beschlossen, die Laufzeiten auch weiterhin beizubehalten.

Der Betriebsrat Gerstner erklärte noch, daß der Schlichter in dieser Angelegenheit das letzte Wort sprechen würde. Wenn sich der Schlichter seinem Standpunkt anschließt, würde er sich sehr freuen. Damit brachte er schon zum Ausdruck, daß er die Belegschaft nur jetzt auf den Schlichter zu vertrösten sucht, weil er hofft, daß sich inzwischen die Erregung der Belegschaft legen werde und dann die Beseitigung der Laufzeiten leichter möglich sei.

Gerstner nahm auch gegen ein Flugblatt der RGO Stellung und behauptete, es sei nicht wahr, daß er den Packerinnen den Lohnabbau schmackhaft zu machen versucht habe. Er hätte den Packerinnen „nur die Tatsachen" mitgeteilt. Dabei kommt es aber doch darauf an, in welcher Weise er das getan hat. Bei den Verhandlungen der Betriebsleitung mit der Betriebsrätin Stolz hat diese

ihre Zustimmung zu dem Lohnabbau gegeben.

Weil die Akkordlöhne den Tariflohn um mehr als 20 Prozent überschritten. Der Akkordrichtsatz soll also in Zukunft als Höchstlohn betrachtet werden. Gerstner konnte aber nicht abstreiten, daß er den Packerinnen erklärt hat, der Schlichter würde vielleicht noch einen höheren Lohnabbau anordnen. Er hütete sich auch, das ganze Flugblatt der RGO zu verlesen. Er glaubte, seine Stellungnahme damit verteidigen zu können, daß in den Betrieben Bulgaria und Jasmazi ebenfalls schon Lohnabbaumaßnahmen durchgeführt wurden, obwohl dort rote Betriebsräte vorhanden sind. Er „vergaß" aber mitzuteilen, daß z. B. in der Bulgaria während der Abwesenheit des roten Betriebsrates der SPD-Betriebsrat Goldbach die Verschlechterungen unterschrieben hat.

Die Belegschaft der Yenidze darf sich nicht auf den Schlichter verlassen. Die Organe des kapitalistischen Staates entscheiden immer gegen die Arbeiter. Nur im Kampf können der Lohnabbau und die tariflichen Verschlechterungen abgewehrt werden! Nur wenn sich die Yenidze-Belegschaft unter der Führung der RGO in die Abwehrfront der betrieblichen Streiks einreiht, kann sie den Sieg erringen!

Achtung, oppositionelle Tabakarbeiter!

Zum 21. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes müssen die Delegierten, welche in Urwahl zu wählen sind, bis zum 5. Oktober 1932 dem Vorstand in Bremen mitgeteilt werden.

Die Anträge, die auf dem 21. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zur Behandlung kommen sollen, müssen dem Vorstand bis zum 22. Oktober 1932 eingereicht sein.

Die unerhörten Lohn- und Akkordverschlechterungen in der Tabakindustrie müssen für die Tabakarbeiter ein Ansporn sein, in allen Tabakbetrieben oppositionelle Kandidaten aufzustellen und zu wählen.